

# Bräuer-Beitrag

Offizielles Organ aller organisirten Bräuerarbeiter.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnements für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgepaltene Petitzeile 20 Pfg.  
 Redaktion: F. Krieg, Linden-Hannover.  
 Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christburgerstr. 43 a, 4. Etage, rechts. — Vorsitzender der Rechtschutzkommission: Seb. Laut, Frankfurt a. M., Palmweg 9, 1. Etage.  
 Vorsitzender der Prekmission: R. Schäfer, Linden-Hannover, Marthastraße 1, 2. Etage.  
 Sämtliche Bestellungen sind zu adressiren an G. Bauer, Linden-Hannover, Falkenstraße 29, II. — Besondere Bestellungen sind zu richten an F. Krieg, Linden-Hannover, Falkenstraße 29, 2. Etage.  
 — Postzeitungsliste Nr. 1187. —

No. 23. Hannover, den 4. Juni 1898. 8. Jahrgang.

## Utopistische Sozialreform.

Alle sozialreformatorischen Bestrebungen haben ihren Ausgangspunkt in dem Klassenkampfe des Proletariats gegen die politische Unterdrückung und die kapitalistische Ausbeutung, und sind durch diesen theils direkt, theils indirekt angeregt. Jahrzehnte lang stand die Arbeiterklasse mit ihren Reformforderungen allein, und erst als die Arbeiterbewegung zu einer einflussreichen, den bürgerlichen Besitzstand bedrohenden Macht herangewachsen war, bequemen sich auch die bürgerlichen Parteien zu einer mit größerem oder geringerem Ernst betriebenen Reformpropaganda. Während aber die Sozialreform, wie sie die Arbeiterbewegung fordert, nur ein Mittel sein soll, um die Arbeiterklasse gesundheitlich, wirtschaftlich, erzieherisch und politisch zu kräftigen und sie um so besser zu ihrem großen Befreiungskampfe gegen das kapitalistische Joch zu befähigen, ist die Sozialreform, wie sie in bürgerlichen Kreisen vertreten wird, theils Selbstzweck, theils ein Angstprodukt vor der sozialdemokratischen Hochfluth. In letzterem Falle wird sie meist von dem Bestreben geleitet, durch Erfüllung der näheren Arbeiterforderungen der Sozialdemokratie die Kämpfer zu entziehen oder auch dem Klassenkampfe der Arbeit direkt entgegenzuwirken. Daß sich die ersteren Erwartungen nicht erfüllen, dafür wird die allezeit wachsame Sozialdemokratie selber sorgen; zudem vergrößert die kapitalistische Entwicklung das Proletariat von Tag zu Tag und sorgt der Vater Staat durch seine Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik, daß die Massen der Unzufriedenen fortwährend zunehmen. Den fortschreitenden Klassenkampf der Arbeit aber durch kleinliche Mittel aufhalten zu wollen, ist ebenso reaktionär wie utopistisch; reaktionär, weil der Klassenkampf allein die sichere Gewähr für die Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse giebt und deshalb von jedem ehrlichen Reformator gefördert werden muß, und utopistisch, weil dieser Klassenkampf, als direkte Folge des Gegensatzes zwischen herrschendem Kapital und unterdrückter ausgebeuteter Arbeit, überhaupt nur durch Beseitigung dieses Gegensatzes aus der Welt zu schaffen ist. Das kann aber nur durch die Ueberwindung des Kapitalismus geschehen, da sich Kapital und Arbeit nicht dauernd versöhnen lassen. So lange sich ein Kapitalist am Produkt bereichert, also die Arbeiter ausbeutet, so lange wird es auch zum Kampfe zwischen Unternehmer und Arbeiter kommen, und diesen Gegensatz hinwegzulegen, hilft ebenso wenig, wie den Kampf mit reaktionären Machtmitteln zu unterdrücken; denn jede Unterdrückung schafft neue Gegensätze, neuen Haß und neue Kämpfe; sie erweitert und verschärft den Klassenkampf, anstatt ihn zu beendigen. Das haben uns auf politischem Gebiete die russischen Unterdrückungsmassnahmen gegen die Arbeiterbewegung und in Deutschland die zwölf Jahre Ausnahme-gesetz erwiesen, nach denen die Arbeiterbewegung stärker und gewalttiger als zuvor auf dem Plane stand. Der Klassenkampf steht zur kapitalistischen Herrschaft im Verhältnis wie Ursache zur Gegenwirkung; er wird erst mit der Beseitigung des Kapitalismus enden.

Unter den Klassenkämpfen des Proletariats sind besonders die Streiks auf Gegnerschaft gestoßen. Nur kleine bürgerliche Kreise sehen darin ein Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, desto mehr aber werden sie als Folgen agitatorischer Verheerung und Aufschüchtlung der Leidenschaften erachtet, womit freilich im direkten Widerspruche steht, daß die Gewerkschaften der Arbeiter entschieden vor unbedachten und erfolglosen Ausständen warnen. Diese Streiks aus der Welt zu schaffen, scheint das gemeinsame Ziel aller bürgerlichen Parteien von der äußersten Reaktion bis zum demokratischen Fortschritt zu sein, nur sind die Mittel und Wege dazu verschieden. Die Reichsregierung sieht ihr Heil in Gewaltmaßnahmen nach Stumm'schem Rezept. Sie operirt mit Koalitionsbeschränkungen, schweren Strafen für Streik, Ausschreitungen, Verneinung der Vereins- und Versammlungsfreiheit und dergleichen Mitteln. Sie hat aus der ausnahmegesetzlichen Epoche nichts gelernt und nichts vergessen, und ihre Unterdrückungspolitik wird ebenso kläglich Schiffbruch

leiden, wie das Sozialistengesetz des Säkularmenschen. Die reformerischen Richtungen des Bürgerthums, denen der Streik ebenso an sich ein Greuel ist, wollen die streitenden Parteien möglichst zwingen, ihre Differenzen im Wege eines schiedsgerichtlichen Ausgleichs zu beendigen. In Deutschland sind in den gewerkschaftlichen Einigungsämtern bereits die Institutionen zur friedlichen Beilegung von Streiks geschaffen, aber dieselben werden nur in wenigen Fällen benutzt, und noch seltener ist ihr Eingreifen von Erfolg begleitet. Die Gegner der Arbeiterausstände machen nun für diesen Mißerfolg den fakultativen Charakter der jetzigen Einigungsämter verantwortlich, der es den streitenden Parteien frei stelle, ob sie den Schiedsversuch annehmen oder ablehnen wollen. Sie verlangen deshalb obligatorische Einigungsämter und gesetzlichen Zwang, alle Differenzen diesen zu unterbreiten, und die Petitionskommission des deutschen Reichstages hatte sich vor Kurzem mit einem Antrage des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine und des Zentralvorstandes der Gewerksvereine christlicher Bergarbeiter zu beschäftigen, diese Forderungen im Gesetzeswege zu verwirklichen. Die Ironie des Schicksals hat aber gerade die christlichen Bergarbeiter in einen Streik gestürzt, über dessen Fortgang sich jetzt im Hauptquartier eine heftige Fehde entspinnt. Am Wiesberg bei Osnabrück haben etwa 1200 Bergarbeiter, meist christlich organisirte, um die Innehaltung der konfessionellen Feiertage streiken müssen, trotzdem die Knappschaftsaus-schüsse, Gemeindepfarrer und Staatsbehörden Alles aufgeboten haben, eine Verständigung zu erwirken. 100 Arbeiter wurden durch Maßregelung provoziert und die übrigen hatten noch so viel Solidaritätsgefühl, für ihre Kameraden einzutreten. Die Unternehmerridirektion verweigerte jedes Entgegenkommen und so mußte es zum Kampfe führen. Auch ein obligatorisches Einigungsamt hätte den Streik nicht verhindern können.

In der Petitionskommission des Reichstages wurde seitens des Regierungsvertreters ein Ueberblick über die Thätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter gegeben, die zwar nicht umfangreich sei, aber dennoch zugenommen habe. Von 1893 bis 1896 kamen vor:

Jahr	Anrufungen	Erzielte Ber-einbarungen	Abgegebene Schieds-urtheile	Unterwerf-ung mit Schieds-urtheile	Abweisung der Unter-nehmung	Erfolgreiche Einigungs-versuche ohne Schieds-urtheil
1893 . . .	5	3	—	—	—	2
1894 . . .	16	7	3	1	4	2
1895 . . .	19	13	3	—	2	—
1896 . . .	44	18	11	2	9	8
Zusammen	84	41	17	3	15	12

Daraus geht hervor, daß die Einigungsverhandlungen nur in der kleineren Hälfte der Fälle von Erfolg begleitet waren und noch weniger waren die Parteien geneigt, sich einem Schiedsurspruche zu unterwerfen. Dieses Resultat kann nicht befremden; es steht im Gegentheil im Einklang mit Dem, was wir stets über die Bedeutung der Einigungsämter gesagt haben.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe, mögen auch die Arbeiter dabei noch so sehr im Rechte sein, sind in erster Linie eine Machtfrage, die durch die beiderseitige Machtentwicklung entschieden wird. Der beste Einigungsausgleich würde wirkungslos bleiben, wenn demjenigen Theil, dem das Recht zugesprochen wurde, die Macht fehlt, das Erzwingen aufrecht zu erhalten — ein äußerer Schein-erfolg ohne dauernden Werth. Erst die dahinter stehende Macht schafft dem Ausgleich Dauer und verhindert alle Abbrüdelungsversuche. Ob aber diese Macht sich durch Kampf erprobt und bestätigt oder ob sie kampflös anerkannt wird, das hängt nicht von dem Willen eines der Streitenden oder unbestimmter Dritter ab. Oft sind beide Gegner über die beiderseitigen Kräfte im Unklaren; sie überschätzen die eigene Macht und unterschätzen die des Anderen. Dann

muß erst der Aufmarsch und Vorstoß zeigen, wer von Beiden die meisten Siegeschancen hat.

Damit soll nicht behauptet werden, daß es jedes Mal zum Ausstande kommen müsse, wenn sich Unternehmer und Arbeiter über gewisse Punkte nicht einigen können; auch starke Arbeiterorganisationen können in die Lage kommen, gegenüber wenig gerüsteten Unternehmern einen Ausgleich dem Kampfe vorzuziehen, wenn die Situation dem letzteren ungünstig ist oder andere Kämpfe ihre Kräfte beanspruchen. Wo aber nicht einmal die Organisation der Arbeiter anerkannt wird, wo die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern geleugnet wird und wo über die gegenseitigen Machtverhältnisse keine Klarheit herrscht, da muß es nothgedrungen zum klärenden, macht- und rechtsentscheidenden Kampfe kommen und ein Eingreifen des Einigungsamtes bliebe nutzlos, weil vor Allem die klare Grundlage jedes Ausgleichs fehlt. Diese kann aber nur zum geringsten Theile durch wörtliche Auseinandersetzungen geschaffen werden, denn erstens läßt sich die durch Keugnung der Gleichberechtigung oder durch Provokation bewirkte gegenseitige Erbitterung nicht sofort durch Debatten entwaschen, und dann schließt auch jeder Vergleich eine Reihe günstiger Umstände aus, auf die der eine oder andere Theil nicht immer zu verzichten geneigt ist.

Dagegen kann ein schiedsgerichtliches Eingreifen dann von Erfolg sein, wenn ein kürzerer oder längerer Kampf, vielleicht auch schon der Aufmarsch zur Schlacht, auf beiden Seiten Klarheit über die jeweiligen Chancen und Machtverhältnisse geschaffen hat und die Siegeshoffnung jedes Theiles durch die unerbittlichen Thatsachen erheblich herabgestimmt ist. Dieser Zustand tritt aber in der Regel erst nach Abbruch der friedlichen Beziehungen und nach genauer Musterung der eigenen Streitkräfte, also im Stadium des Kampfes, ein; und wenn ein Einigungsamt diesen Moment ruhig abwartet, ihn dann aber auch nicht unbenutzt verstreichen läßt, so müssen schon sehr gewichtige Gründe gegen eine Einigung sprechen, und der Schiedsversuch hat dann wenigstens die Untauglichkeit der einen oder anderen Friedensbasis klargestellt.

Im Gewerbegerichtsgesetz ist dieser Einflußnahme der Einigungsämter in weiser Zurückhaltung Rechnung getragen, indem letztere nur auf Anruf beider streitenden Parteien in Wirkung treten dürfen. Das verhindert nicht, daß diese Anrufung den Parteien möglichst nahe gelegt wird, aber damit ist auch die äußerste Grenze des Entgegenkommens erreicht. Jeder Zwang auf die Parteien wäre völlig nutzlos, denn welche Machtmittel stehen wohl dem Gewerbegericht und in weiterer Linie dem Staat zur Verfügung, um etwa eine Einigung wider den Willen der Streitenden zu erzwingen? Man kann die letzteren vor das Schiedsgericht zitiiren, vor dem die Arbeiter immer williger als die Unternehmer erscheinen werden, man kann ihr Fernbleiben mit Geldbußen ahnden, aber eine Einigung läßt sich weder durch Geld- und Freiheitsstrafen, noch durch behördliche Eingriffe erzwingen, denn wie hoch müßte eine Geldbuße sein bei Streiks, wo jeder einzelne Tag allein Zehntausende von Mark kostet, um auf die Unternehmer und Arbeiter mehr Eindruck zu machen, als die übrigen materiellen Opfer? In erster Linie würden zwar die Unternehmer von einem solchen Einigungszwang betroffen, denn unseres Wissens haben sich in Deutschland noch niemals streikende Arbeiter geweigert, einem Einigungsversuch zu entsprechen, und oft haben sie selber das Einigungsamt angerufen, während die Unternehmer nicht selten jeden Einigungsversuch schroff von der Hand wiesen. Trotzdem müssen sich die Arbeiter ganz entschieden gegen jeden Einigungszwang erklären, weil derselbe außer seiner Nutzlosigkeit auch einen höchst bedenklichen und nie zu billigen Eingriff in die Koalitionsfreiheit bedeuten wird.

Wir leben nun einmal im kapitalistischen Klassenstaat sans phrase, der das Koalitionsrecht der Arbeiter mit allen möglichen Schlingen und Fußangeln vernichten will, und da ist der Argwohn gegen Alles gerechtfertigt, was gegen die der Verbesserung unserer Lage dienenden Ausstände gerichtet ist. Wäre es den



herrschenden Gewalten darum zu thun, den Arbeitern zu helfen und die Unternehmer zu zwingen, den nur zu gerechtfertigten Arbeiterforderungen entgegen zu kommen, so fänden sich hundert Mittel dafür und mancher Streit würde vermieden. Aber fast stets stellen sich Staatsgewalt, Behörden und Gerichte auf die Seite des Unternehmertums und bestreiten der Arbeiterklasse das gesetzliche und höchst moralische Recht, ihre Lage durch Verweigerung der Arbeitsleistung zu verbessern. Wenn diese Gewalten die Streiks durch Einigungszwang verhindern wollen, so würden nicht die Unternehmer, sondern allein die Arbeiter durch derartige Zwangseingriffe betroffen. Es würde nicht bei dem papiernen Einigungszwang sein Bewenden haben, sondern das Schiedsgericht müßte auch das Recht erhalten, den Lohnkampf zu inhibieren, seine Einstellung durch behördliche Machtmittel zu veranlassen. Dies erinnert uns an die bekannten Einhaltsbefehle amerikanischer Richter, die bei dem Carnegie- und Pullmannstreik eine traurige Rolle spielten und als Vorwand zum Einschreiten der bewaffneten Macht dienen mußten. Eine derartige Entwicklung hat uns in Deutschland gerade noch gefehlt. Nicht daß etwa militärische Intervention hier etwas Unbekanntes wäre (Selsenkirch und Jabrge beweisen das Gegenteil!), aber wenn jeder Schiedsrichter kraft seines Inhibitionsbefehls die Unterdrückung eines Lohnkampfes durch die Staatsgewalt herbeiführen könnte, dann bräuchten die reaktionären Mächte kein Ausnahmegefeß, um die Gewerkschaftsbewegung darnieder zu halten. Die Aera des Puttkamer'schen Streikerlasses würde ein Jbyll gegen eine solche Zukunft sein.

Und auch ohne diese Perspektive ist die Unterbindung des Koalitionsrechtes der Arbeiter einleuchtend, denn den Unternehmern wäre es ein leichtes, durch Obstruktion und Einsprüche die Einigungsverhandlungen Wochenlang hinzuzuziehen und sich unterdeß nach Ersatzkräften umzusehen. Ehe dann für die Arbeiter ein annehmbarer Schiedspruch gefällt ist, hat der Unternehmer längst alle Arbeitsplätze besetzt und er pfeift auf das Urtheil, zählt die Buße oder läßt sie durch höhere Instanzen herabsetzen, und die Arbeiter haben zwar moralisch gestegt, aber thatsächlich verloren, und Niemand als die eigene Organisation vermag ihnen zu helfen.

Deshalb fort mit solcher utopistisch-reaktionären „Sozialreform“.

Die fakultativen Einigungsämter nützen zwar wenig, aber sie thun den Verbesserungsbestrebungen der Arbeiter keinen Abbruch. Der staatliche Zwang würde nur den reaktionären Willkommen sein, da er diesen eine willkommene Handhabe zur Vernichtung der letzten Reste der Koalitionsfreiheit bietet. Die christlichen Arbeitervereine und Gewerksvereine bleiben von Differenzen mit dem Kapital nicht verschont und der natürliche Klassengegensatz muß auch sie zu Kämpfen drängen, mögen sich die christlichen Führer, die Agenten des Klassenstaates, noch so sehr dagegen auflehnen. Je mehr diese Entwicklung fortschreitet, desto mehr wird den irreführten Arbeiterkolonnen auch das Verfehlen ihrer Zwangsuposterei einleuchten.

(„Vereins-Anzeiger.“)

### Korrespondenzen.

Die Differenzen in G a s p e sind noch nicht beigelegt, deshalb ist Zugzug fernzuhalten.

**Zu der Brauerei Bad in Mannheim streifen** 56 Mann, weil ihnen die 1893 und 1895 gemachten Angehörigen: Sonntagsruhe, Bezahlung der Ueberstunden entgegen, Lohn und Arbeitszeit nicht mehr eingehalten werden soll. Zugzug ist fernzuhalten.

**Hannover.** Der Zustand der Brauereiarbeiter in der Brauerei Bad in Mannheim hat mit einem Siege der Arbeiter geadet. (Bericht folgt).

**Hannover.** Die Brauereiarbeiter der Brauerei K a p p e l bei Chemnitz haben durch Arbeitsniederlegung einen vollständigen Sieg errungen. Näherer Bericht folgt.

**Worms a. Rh.** In der Versammlung vom 22. Mai wurde betreffend der von der Kommission im Hannover angeregten Streit über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschlossen, diesen nachzukommen und den Vertrauensmännern der einzelnen Brauereien aufgegeben, baldigst entsprechende Berichte anzufertigen und beim Vorliegenden einzureichen. — Unter „Verschiedenes“ kamen die unerträglichen Zustände in Herfel zur Sprache und wurde der Eintritt in eine Lohnbewegung im Auslande genehmigt, weil die Kollegen einig sind und sich Erfolg versprechen. — Die Versammlung beschloß ferner, in der „Brauereizitung“ die Kollegen vor dem Brauer Heinz Heppert aus Wünstler i. W. zu warnen.

**Frankfurt a. M.** Am 15. Mai fand unsere letzte Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des respektvollen Kollegen Post in der üblichen Weise gedacht. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden an Stelle des Kollegen Kagerl, wurde L. Ehart gewählt. Koll. Steiger berichtete über die Verhandlungen mit dem Syndikus der Brauereien, wegen der Entlassung der zwei Böttcher. Auf Antrag Bittig wurde beschlossen, anstatt der schriftlichen Verhandlungen sich mündlich an den Syndikus behufs weiterer Verhandlung zu wenden, weil sich die schriftliche Unterhandlung viel zu sehr in die Länge zieht. Im Weiteren berichtete die Agitationskommission, daß die Beschwerde bei dem Gewerbe-Inspektor über die Nichterhaltung der gesetzlichen Sonntagsruhe in den Brauereien von diesem bis jetzt noch nicht beantwortet sei und wurde auch hier der Kommission ein mündliches Vorstelligwerden aufgegeben. Koll. Kagerl sprach alsdann seinen Dank aus für die Unterstützung, welche ihm die Mitglieder während seiner Thätigkeit als Vorsitzender zu Theil werden ließen, und wünscht dem Zweigverein ein ferneres Blühen und Gedeihen.

**Freiburg i. B.** Hier, wo bekanntlich bisher noch 14-16 stündige Arbeitszeit die Regel und eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse schon seit Gründung unserer Zählstelle geplant war, wurde dies bisher durch die Gründung des Bundesgesellenvereins vereitelt. In letzter Zeit ist unsere Zählstelle wieder bedeutend vergrößert und der Bund im natürlichen Fortschreiten begriffen; nunmehr sind auch die hiesigen Mitglieder mit Forderungen an die Brauereien herangekommen und haben bei der großen Mehrzahl der Brauereien anerkanntermaßen Entgegenkommen gefunden. Diejenigen, die uns kein Gehör schenken zu können glauben, werden sich

hoffentlich bald eines Besseren belehren lassen. Der Vorgang der Sache ist in nachfolgendem Briefwechsel geschildert, wozu die Bohntommission der hiesigen Zählstelle in nachfolgendem die Einleitung gab wie folgt: „Auf Anregung der hiesigen organisierten Arbeiterschaft sowohl als auch nach Beschluß der hiesigen Zählstelle des Deutschen Brauerverbandes erlaubt sich die unterzeichnete Kommission Sie um Genehmigung der folgenden Punkte höflich zu ersuchen:

1. Freies Vereinigungsrecht der in Ihrem Betriebe beschäftigten Brauer und Hilfsarbeiter.
2. Die Arbeitszeit soll festgesetzt werden von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr mit 1 Stunde Mittagspause sowie Vor- und Nachmittags je 1/2 Stunde Vesperzeit. Die Sonntagsarbeit soll im Wegfall kommen.
3. Die Du jour soll mit Mt. 2.— und die Ueberstunde mit 40 Pfg. bezahlt werden.
4. Es soll den Arbeitern freigestellt sein, ob sie die Kost in der Brauerei oder außerhalb derselben nehmen wollen; jedoch soll der Lohn pro Monat nicht unter Mt. 90.— betragen. Des Ferneren glauben wir mit vollem Recht verlangen zu dürfen, daß als Hausstrunt für die Arbeiter nur gutes Bier verabreicht wird und kein Retourbier oder sonst fast ungenießbares Bier. Wir glauben zu dieser Forderung umso mehr berechtigt zu sein, indem doch bekanntlich der Hausstrunt beim Lohn in Abrechnung kommt.

Vorstehendes soll vom 15. Mai a. c. ab in Kraft treten. In dem Bewußtsein, daß unsere Forderungen so bescheiden sind, daß sie bei den Arbeitern der meisten übrigen Branchen schon übertrifften sind, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß Sie dieselben nicht unberücksichtigt lassen werden.

Einer baldigen geneigten Antwort entgegensehend, zeichnet Hochachtungsvoll

Die Kommission des Brauerverbandes.

J. U. C. Kaiser  
Schwarzwaldburgstr. 35.“

Die Antwort der Brauereien ist fast durchweg in aufstimmendem Sinne gehalten und können wir mit Genugthuung konstatieren, daß auch bei den nachbenannten Freiburger Brauereibesitzern eine bessere Einsicht Platz gegriffen hat. Wir wollen nun hoffen, daß die Besizer ihr gegebenes Wort und Unterschrift auch halten, daß deswegen nicht unliebsame Differenzen zu entstehen brauchen. Es ist jedenfalls für beide Theile besser, wenn derartige vermieden wird. Die Antwort der Brauereien lautet:

Freiburg i. B., 9. Mai 1898.

**Tit.**  
Kommission des Brauerverbandes  
zu Gdn. des Herrn C. Kaiser.  
Freiburg i. B.

Antwortlich Ihrer geehrten Zuschrift v. 17. post. haben wir mit Herrn Dir. Korn von der Löwenbrauerei hier die an uns gestellten Forderungen durchgegangen und haben Ihnen nach gegogenem Meinungsaustausch mit Ihrem Herrn Kaiser Folgendes zu erklären:

Zu Punkt 1, worin sie freies Vereinigungsrecht verlangen und uns befehlen, daß seitens der Brauereien eine einseitige Bezahlung Ihrer Mitglieder vorliege, bemerken wir, daß dieses eine vollständig irrtümliche Auffassung ist.

Der Kaiser hat bei unserer Unterredung selbst zugeben müssen, daß gegen Mitglieder Ihres Verbandes, sowie gegen die eines anderen unsererseits keinerlei Bevorzugungen oder Zurücksetzungen stattgefunden haben.

Wir haben auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Mitglieder Ihres oder eines anderen Vereins Abends nach Feierabend ihren Vereinsangelegenheiten nachgehen. Es ist uns sehr unerwartet, welcher politischen Richtung unsere Arbeiter angehören, wir haben nur das Interesse, daß unsere derzeitigen Arbeiter ihre Pflicht voll und ganz erfüllen, daß sie das Interesse des Geschäftes stets im Auge haben und sich eines ordentlichen Benehmens gegenüber ihren Vorgesetzten befleißigen, wogegen auch von deren Seite das gleiche Entgegenkommen stattfinden wird.

Was Punkt 2 angeht, so sind wir bereit, die 10stündige Arbeitszeit im Durchschnitt durchzuführen, jedoch muß es der Direktion überlassen bleiben, die Arbeitszeit nach den gegebenen Verhältnissen einzuteilen und bei ausnahmsweise großem Bierverbrauch (vor Feiertagen zc.) solche zu verlängern. Hierfür kann jedoch keine Vergütung gewährt werden, ein Ausgleich wird dadurch stattfinden, daß die Pausen an den weniger arbeitsreichen Tagen verlängert werden.

Mit Punkt 3 sind wir einverstanden, daß Ihrem Wunsch gemäß der Jourhabende eine Vergütung von Mt. 2.— erhält. Mit Punkt 4 sind wir ebenfalls mit allem einverstanden. Wir bezahlen ja ohnehin schon so, daß unser Mindestlohn jetzt schon den Betrag Ihrer Forderung übersteigt. Auch stellen wir Ihnen anheim, jeder Zeit Ihre Quartiere, sowie Ihre Verpflegung auswärts zu nehmen.

Der. des Hausstrunkes wird wohl nichts zu erwähnen sein, da wir stets nur gesundes, richtiges Bier im Zapf haben.

- Hochachtungsvoll  
Wanter'sche Brauerei-Gesellschaft.  
G. Jantich.  
Löwenbrauerei — Louis Sinner  
Aktiengesellschaft Freiburg i. B.  
Schilling, Korn.  
Brauereigesellschaft  
Meyer u. Söhne  
Ab. Meyer.  
Brauereigesellschaft  
vorm. Krumm u. Reimer.  
W. Reimer.

**Wiesel.**  
Unsere Ansicht über diese so „friedlich“ verlaufene Angelegenheit ist die, daß es schon lange besser hätte sein können, wenn nicht die Quertreibereien von Seiten des Bundes es verhindert hätten, und weiter, daß nicht immer durchaus gestreift werden muß. Es ist sehr wohl zu vermeiden, wenn die Brauereien einigermaßen Einsicht besitzen, und wo diese nicht vorhanden ist, eine Organisation besteht, die den weniger Einsichtigen die Einsicht beibringt. Wir halten es für etwas Natürliches und Selbstverständliches, daß nunmehr diejenigen, welche die Früchte unserer Arbeit mitgehen auch — wenigstens diejenigen, die noch einer Belehrung zugänglich sind — nun ihre verdammte Pflicht erfüllen, sich unseren Reihen anschließen und mit den Kundigen uns alle schädigenden Quertreibereien ansöhnen werden. Einigkeit nur schafft das Gute, das sollen sich die hiesigen Kollegen zu Herzen nehmen und darnach handeln, die hiesigen Vorgänge sind sehr reich genug.

**Wag.** In einer Brauerei-Hilfsarbeiterversammlung in Wag wurde nachfolgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Brauerei-Hilfsarbeiter von Wag beschließen mit großer Majorität, einen Verband mit sämtlichen Brauereiarbeitern anzunehmen, damit der Zusammenhalt der Brauer, Böttcher und deren Hilfsarbeiter in Kraft treten kann und die Zwangsarbeiten und Zwangsbeiträge einmündlich und nicht immer an das Tageslicht treten können. Die Gewerkschafts-Kommission wird beauftragt, dies in die Öffentlichkeit zu bringen.“

**Halle a. S.** Die Mitglieder-Versammlung, welche am Sonntag, den 22. Mai, abgehalten wurde, war nur wäsig besucht. Nach Eröffnung kam als erster Punkt die Vorstandswahl zur Erledigung. Gewählt wurden als erster Vorsitzender

Wagler, als zweiter Reuter, als Kassierer Depich, als erster Schriftführer Gräfe, als zweiter Karl Wendorf, als Rechnungsführer Gräfe, als zweite. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Depich den Bericht der Agitations-Kommission in sachlicher Weise und wurde das Resultat als erfreulich bezeichnet, da Alles auf vorwärts schreitender Bahn sich befindet. Erwähnt wurde das Verbandfest, welches am 10. Juli im „Prinz Karl“ abgehalten werden soll, wozu sämtliche umliegende Zählstellen freudig eingeladen werden. Unter Punkt 3 „Quartalsabrechnung“ wurde dem Kassierer Decharge erteilt, desgleichen vom Vergütigen. Der Ueberstund wurde der Kassa überweisen. Unter „Verschiedenes“ kamen örtliche Verhältnisse, heiteren aber auch schwerwiegenden Inhalts, zur Sprache, welche jedoch ihre Erledigung baldigst finden werden.

**Hamburg.** Die am 22. Mai stattgefundene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich in erster Linie mit den Wahlen des Herrn Direktor Strauß und wurde beschlossen, ein beglückwünschendes Eingeladene im „Hamburger Echo“ zu veröffentlichen; die Kollegen Sothe, Kollmann und Weinmann wurden beauftragt, die nötigen Schritte hierzu zu thun. Ferner wurde beschlossen, an die Brauereien schriftlich das Ersuchen zu richten, den Brauern, Böttchern und Hilfsarbeitern den 16. Juni Nachmittags zur Ausübung des Wahlrechts freizugeben. Hierauf erstattete Kollege Klein Bericht vom Delegiertentag. Von einem vollständigen Bericht wurde abgesehen und soll dieser Punkt noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden, sobald das Protokoll vom Delegiertentag herausgegeben ist. Bemängelt wurde hierbei, daß der Bericht in der „Brauereizitung“ und im „Hamburger Echo“ so furchtbar kurz abgefaßt ist. Besteres hat nicht einmal den Schlußbericht gebracht. Klein berichtete alsdann über die Verhandlungen mit der Glöckelbrauerei. Am 10. Mai habe er ein Schreiben dorthin gerichtet und um Rückantwort bis zum 17. Mai ersucht. Die darin enthaltenen Forderungen lauteten: 1. Einführung der Tag- und Nachtschicht; 2. Bezahlung der Sonntagsarbeit; 3. In sämtlichen Abtheilungen muß die Arbeitszeit innerhalb 12 Stunden beendet sein; 4. Die Vorgesetzten haben sich den Arbeitern gegenüber einer besseren Behandlung zu befleißigen; 5. die zuletzt eingestellten Stellente und Hilfsarbeiter erhalten denselben Lohn wie die älteren und sind die Arbeiter in der Zeit nach dem Futter als Ueberstunden zu vergüten. Die Antwort war bis zum Versammlungstage (22. Mai) noch nicht eingelaufen und nahm die Versammlung zu dieser Frage Stellung durch nachfolgende Resolution: „Die am 22. Mai tagende Mitglieder-Versammlung des Zentral-Verbandes“ beauftragt Brauer und Berufsgenossen erklärt sich mit den Forderungen der Mitglieder der Glöckelbrauerei einverstanden und ersucht diese, durch Hochhaltung ihrer Forderungen ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun.“ — Die Pfingstmontagtour soll laut Beschluß am 1. Pfingsttag, Morgens 5 Uhr, von der Altonaer Grenze aus mit Müßigkeit stattfinden; vorgelesen ist ein Preisregulär für Herren, wofür 40 Mt. bewilligt wurden. — Eine Zellerfassung für einen fremden gemahregelten Kollegen H. S. ergab einen Betrag von 750 Mt., welcher ihm sofort eingehändig wurde. — Zum letzten Punkt sprachen sämtliche Redner ihre Enttäuschung aus, daß die Brauereibesitzer den Beschluß der vereinigten Vorstände der Brauereiarbeiter, wonach die Kaiser in diesem Jahre keine Lohnforderungen stellen wollten, gebrochen haben und an den Brauereiring mit Lohnforderungen herangetreten sind. —

(\*) Auf dem Delegiertentag ist beschlossen worden, das Protokoll in der „Brauereizitung“ so kurz als möglich zu machen und nur die Hauptpunkte zusammenzufassen, einmal, um Beilagen zu vermeiden und dann, um das Protokoll in Buchform nicht wertlos zu machen. Die Bücher, die doch gedruckt werden sollen und müssen, würden uns liegen bleiben und das Geld dafür wäre unnütz ausgegeben. Der geringe (Selbstkosten-) Preis macht es jedem Mitgliede möglich, sich eins anzuschaffen, zu lesen und aufzu bewahren; es ist des Geldes und des Aufgebens werth.

**Hamm.** Den Brauern und Böttchern der Brauerei „Hamm“ Mart in Hamm, dessen günstiger Ausgang der Lohnbewegung in der vorigen Nummer der Zeitung gemeldet wurde, sind in der Schlußverhandlung mit der Bohntommission am Dienstag, den 24. Mai, von der Direktion folgende Forderungen bewilligt worden: 1. Die Brauerei bezahle ihren Burschen wie in der Brauerei Jenseit als Anfangslohn 90 Mt., nach drei Monaten 95 Mt., nach sechs Monaten 100 Mt., nach zwei Jahren wird entsprechende Erhöhung gewährt, wie bei Jenseit. 2. Die Arbeitszeit muß innerhalb 13 Stunden liegen mit drei Pausen von zusammen 2 1/2 Stunden und wird die Zeit für die einzelnen Kategorien genau festgelegt. Die Ueberstunden, sowie die Arbeit an Sonn- und Feiertagen wird mit 50 Pfg. die Stunde bezahlt. 3. Koalitionsfreiheit wird gewährt. 4. Die Sachen der Brauer und Küfer, welche im Geschäft wohnen, werden mit je 200 Mt. versichert und die Prämien vom Geschäft bezahlt. Die Forderung auf Wohnungsentschädigung für verheiratete Brauer und Küfer mit 10 Mt. monatlich wurde fallen gelassen. Außerdem erstreckt sich die Bezahlung der Ueberstunden auch über Sudhaus und Mälzerei, und erhalten die Burschen im Sudhaus wöchentlich 8 und in der Mälzerei 3 1/2 bis 5 Ueberstunden ausbezahlt. Wenn die Kollegen unter sich selbst einig sind, haben sie auch die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft. Unter solchen Umständen ist es nur denkbar, daß ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Nichts ist veränderlicher, als durch beliebige, an sich lächerliche Klagen die Einigkeit zu fördern, wie es leider auch unter den Brauereiarbeitern von einigen interessierten Personen beliebt wird. Die Brauereiarbeiter setzen es leider zum Theil noch nicht ein, daß es ihr eigener größter Schaden ist, wenn sie nicht zu ihnen gehörigen Geschäftsmännern Gefolgschaft leisten.

**Hann.** Am 20. Mai fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller in den Brauereien und Küferreien beschäftigten Personen statt. Auf besondere Einladung waren auch einige Kollegen vom Bunde von der Brauerei „Kiddolay“ erschienen. Der Referent, Gen. Staub aus Offenbach, sprach über den „Poladobowsky'schen geheime Erlaß“. An der Hand von Vorkommnissen bei den vertriebenen Streiks, so a. B. des Hamburger Gasenarbeiter- und des Lübecker Formwerkstatts, bezeichnete er es als eine widerwärtige Erscheinung, wenn man dem Unternehmertum, bei dem die „Schwarzen Listen“ der Arbeiter gang und gäbe sind, außer dem so großen polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Schutz noch mehr Rechte auf dem Gebiete der Arbeiterunterdrückung einräumen wolle, ebenso gefahren die „Arbeitswilligen“ den polizeilichen Schutz mehr als ihre Beschützer verantworten können, doch dem Arbeiter, der mangels anderer Hilfe zum Streit greifen muß, will dieser „Erlaß“ aller Rechte und Freiheiten berauben. Den Unternehmern, die sich in wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kampf alle Liebergriffe und Geselbstübertrugungen zu Schulden kommen lassen, geschieht von Staatsanwalts und Gesetze wegen nichts, wenn es nicht gerade sehr muß. Redner beleuchtete dann noch die vollständige Werthlosigkeit der christlichen, katholischen, evangelischen, Hirsch-Dunder'schen und sonstigen Vereine und Vereinen und ihre Vereinspolitik. Die an der Spitze dieser Vereine stehenden Personen verfolgen ganz andere Zwecke, als die Förderung der Arbeiterinteressen. Vielfach sind dies Geistesbeider Richtungen, denen nur das „Seelenheil“ der Arbeiter am Herzen liegt, mögen sie auch körperlich verkommen. Andere Personen wieder verfolgen nur ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke und die Arbeiter sind allemal die Dummen; ihnen zu helfen will und vermag man in keiner Weise. Zum Schluß forderte Redner die Anwesenden auf, nur den Vereinen beizutreten, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen; dort allein werden ihre Interessen wirklich und ernsthaft vertreten. — Böttcher Weder wies auf den Unterschied in den



Arbeitsverhältnissen von früher und jetzt hin; da zeige es sich deutlich, was eine auf ehrlichen Bestrebungen aufgebaute Organisation zu leisten und zu bessern vermag.

Leipzig. In der am 22. Mai im „Koburger Hof“ tagenden öffentlichen Versammlung der Brauer und Berufsangehörigen erstattete Kollege Penker-Galle Bericht über die Verhandlungen des diesjährigen Verbandstages.

Wien. Am Sonntagabend, den 7. Mai, tagte im Vereinshaus, Johannisstraße, eine öffentliche Brauerverammlung, in welcher Kollege Boylen über den Stuttgarter Delegiertenbericht erstattete.

Meiningen. Am Sonntagabend, den 21. d. Mts., fand bei Holzheim eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt, welche ziemlich gut besucht war.

Zwickau. Um die Leser unseres Organs über die Verhältnisse der hiesigen Zwickauer Brauerei auf dem Laufenden zu erhalten, will ich in kurzen Zügen hier wiedergeben, was für die Kollegenschaft von Interesse sein dürfte.

Malzmeister) verbietet ihnen auch noch, das Partei- und Gewerkschaftslokal zu frequentieren. (ob da nicht etwas militärischer Schmeiß [ah] dahinter steckt?), und die Parteizeitung, Brauerzeitung, Jakob u. s. w. im Schilde auszuhängen.

Erwiderung.

In der am 22. Mai tagenden Sitzung der Agitations-Kommission für Hessen, Hessen-Nassau und Unterfranken ist über einige auf dem Delegiertenkongress zur Sprache gebrachte Agitationsfragen debattiert und von den Mitgliedern genannter Kommission hierzu folgende Stellung eingenommen worden:

Wieder ist ein Unglück im Bergwerk passiert und zwar auf der Zeche „Jollern“ bei Dortmund, wobei 47 Arbeiter ums Leben gekommen sind.

Ueber den Streik der Bergarbeiter am Piesborge wird nachträglich noch bekannt, daß die Grubenverwaltung sich wohl das Recht herausnahm, den 3-400 Arbeitern, die der Feiertage wegen nicht wieder anfahren, zu kündigen.

„Sitzungen sind keine Versammlungen.“ Der „Aehn. Zeitung“ wird zu einer, auch in Nr. 18 der „Geldarbeiter-Ztg.“ enthaltenen Notiz unter obigem Stichwort aus Eupen geschrieben: „Als jüngst das Landgericht zu Düsseldorf den Vorsitzenden des Vereins der Industriellen von Rheinland und Westfalen freisprach, obwohl er eine Vorstandssitzung, die von 30 Personen besucht war und Stellung zur damaligen Flottenvorlage nahm, polizeilich nicht angemeldet hatte, da sprachen die Erwartung aus, daß nun auch den Arbeitern gegenüber das Vereinsrecht in der gleichen Weise ausgelegt werden würde.“

Das Vereinsrecht der Arbeiter in der Prags. Das „Niederösterreichische Volksblatt“ in Finsterwalde veröffentlicht eine im Jahre 1883 von fast sämtlichen Industriellen Senienbergs und Umgebung erlassene Bekanntmachung, worin dieselben ihren Arbeitern die „sofortige und unnahefristliche Kündigung“ androhen, wenn sie dem damals gegründeten Arbeiter-Bildungsverein beitreten würden.

Am den Lanterberger Einzelarbeiterstreik erinnert eine Gerichtsverhandlung, die sich vor Kurzem vor der Strafkammer in Hamburg abspielte. Während des Streiks, in dem die Arbeiter um das Recht, dem Holzarbeiter-Verband anzugehören, schwer kämpfen mußten, machte sich besonders die Firma Fichter und Kaltwasser in Oberfeld bemerkbar, die in rüchthilflicher Weise von ihren Arbeitern den Austritt aus dem Organisationsverband verlangte.

London. In den letzten Wochen wurden in England folgende neue Aktien-Brauereien gegründet: Richard Golden, Limited, in Ladbarn, Lancashire, mit 60 000 Pfd. Sterling Aktienkapital; Alfred Gomer, Limited, Aston Croft, Birmingham, 200 000 Pfd. Sterling; Young and Co., Limited, Lymford Brewery, bei Winchester, Hants, 20 000 Pfd. Sterling; W. S. Hutchinson and Sons, Limited, in Nottingham, Old Basford, 175 000 Pfd. Sterling; Charles Caynor and Sons, Limited, in Beaton Morris, Lancashire, 9000 Pfd. Sterling; United Liberal Brewery Company, Limited, in London, 2000 Pfund Sterling.

Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter in Norwegen. Dem norwegischen Parlament liegt ein Initiativantrag vor, der bezweckt, dem Vereinsrechte der Arbeiter einen weitgehenden Schutz einzuräumen. Es soll nämlich derjenige Unternehmer, Geschäftsführer, Werkmeister bestraft werden, der durch Arbeitsentlassung oder durch ungenügende Vorleistungen den Verlust an Arbeitsverdienst, oder durch ungenügende Vorleistungen



ökonomischer Art versucht, in die Teilnahme seiner Arbeiter oder Angestellten außerhalb der Arbeitszeit am sachlichen oder politischen Leben einzugreifen. Weiter wird auch der Arbeitgeber bestraft, der durch Bestimmungen in Arbeitsverträgen oder Arbeitsordnungen die bei ihm Beschäftigten in ähnlicher Weise zu beeinflussen sucht. So etwas wäre bei uns gesund!

Zur Geschichte der Wunder- und Wallfahrtsorte liefern uns die Mönche der russischen Klosterkapelle bei Kuzel einen netten Beitrag. Eines Tages plachte in der Kapelle eine Dynamitbombe, Vieles wurde vernichtet, aber mit Freude konnten die frommen Mönche dem bestürzten Volke mitteilen, daß durch ein Wunder der Jungfrau Maria ihr Bild inmitten der allgemeinen Verwüstung unverletzt geblieben sei. Darof natürlich helle Begeisterung. Wenn dieses Kloster, wo sich so deutlich ein Wunder begeben hatte, nicht ein Wallfahrtsort werden sollte, welches Kloster denn? Tatsächlich agitierten die Mönche bereits eifrig für die Erhebung ihrer Kapelle zu einem russischen Marienort und es wurde auch schon in ganz Rußland Geld dafür gesammelt. Aber die gerichtliche Untersuchung förderte ein Ergebnis zu Tage, das verblüffend wirkte. Es wurde festgestellt, daß die Mönche selbst die Bombe gelegt, vorher das Marienbild beiseite geschafft und nach der Explosion auf seinen alten Platz zurückgestellt hatten. Da war es also kein Wunder, daß das Bild unverletzt blieb, und da wunderbar Weise die Wahrheit entdeckt wurde, ist es auch mit dem Plane des Wallfahrtsortes nichts. Wenn der Schwindel aber nicht aufgetaucht wäre, hätten hundertzehntausende von bigotten Menschen dem wunderthätigen Marienbilde, beziehungsweise den schlauen Mönchen ihre letzten Kreuzer zum Opfer gebracht, und wer an der Wunderkraft des Bildes zu zweifeln sich erstreckt hätte, wäre als Gottesläugner verflucht und vielleicht gar eingesperrt worden.

### Totenliste.

Nach langen, schweren Leiden starb unser treues Mitglied, Georg Ketterer, zuletzt in der Brauerei, im Alter von 26 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Der Zweigverein München.

### Bekanntmachungen.

Das Protokoll vom Delegiertentag wird den Mitgliedern zu 15 Pf. das Stück abgegeben, das Porto müssen die Zweigvereine, Zahlstellen und Einzelmitglieder selbst tragen. Die Bücher sind sechs Bogen (96 Seiten) stark und wird sich das Porto pro Einzelbuch auf 5 Pf. belaufen, größere Posten entsprechend dem Gewicht. Die Zweigvereine, Zahlstellen und Einzelmitglieder werden nochmals ersucht, Bestellungen so bald als möglich zu machen, insbesondere wo größere Posten verlangt werden, möge man die genaue Adresse angeben, an welche die Bücher hingefandt werden resp. wo sie zur Ausgabe gelangen sollen.

Der Hauptvorstand.  
G. Bauer.

Mit Bezug auf den Aufruf in Nr. 21 der Zeitung ersuchen wir die Zweigvereine, Zahlstellen und Einzelmitglieder um baldige Stellungnahme zu dem Antrag betr. die Petition, bezw. um Zusammenstellung und Uebersendung des statistischen Materials über die Arbeitszeit resp. Sonntagsarbeit zc. Schlupftermin ist der 15. Juli d. J. Wir hoffen, daß bis dahin genügend Material in unsern Händen ist, um, wenn möglich, die Petition, mit genügend Unterschriften versehen, bis zur Eröffnung des Reichstages fertig stellen zu können.

Die Kommission. J. U.: F. Krieg.

Um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, werden die Einsender von Geldbeträgen ersucht, die Postanweisungen, auf den Namen A. Wiehle lautend, nicht mehr zu benutzen, oder den Namen A. Wiehle zu streichen und S. Kagerl darüber zu schreiben. Die Geldsendungen dürfen sonst nur an Kollegen Wiehle ausgehändigt und müssen erst von ihm geholt werden. Sonstige, auf den Namen Wiehle

lautend, können aufgebraucht werden, soweit solche noch vorhanden sind.

Der Kassierer: S. Kagerl.

Das Mitgliedsbuch (Duplikat) Nr. 1120 auf den Namen Karl Pennego ist abhanden gekommen und ist nur das Duplikat gültig, welches auf der ersten Seite mit dem Verbandsstempel abgestempelt ist. Sollte das andere Duplikat vorgezeigt werden, so ist dasselbe einzubehalten.

Das Verbandsbuch 14492 ist in Karlsruhe abhanden gekommen. Es wird gebeten, dasselbe anzuhalten, wo es vorgezeigt werden sollte, und dem Hauptvorstand einzusenden. Der Hauptvorstand.  
G. Bauer.

### Zur Beachtung.

Der Vorstands per Sektion der Hilfsarbeiter, Hamburg, wohnt jetzt Hamburg, Stubbenhuck 81.

Die Kollegen Wilhelm Häsele (Buch-Nr. 16409) und Altman, beide in Mosel, Jul. Rabenbach (16421) in Neumark, Franz Köhler (19767) in Birkersdorf, Erich Peters (19775) in Gainsdorf werden aufgefordert, ihre Beiträge unverzüglich an den Unterzeichneten abzuführen, andernfalls Ausschluss erfolgt (siehe Statut). Die Kollegen Alfred Renner (21226) aus Kolberg i. Pr., geb. 7. September 1879, zuletzt in Köpenick i. Gr., und Emanuel Solloch (16422) aus Wilmers bei Neustadt, zuletzt in Birkersdorf, angeblich jetzt in Bittschena bei Leipzig, werden aufgefordert, ihre Adressen an den Unterzeichneten unverzüglich gelangen zu lassen, andernfalls Ausschluss beantragt wird.

No. 6. Müller, Marienhalerstraße 15 o. II.  
Zahlstelle Zwickau i. S.

Frankfurt a. M. Das Verbandstreffen für Hessen, Hessen-Nassau und Unterfranken findet am 24. Juli d. J. im Livilgarten (Eiffelhausbrauerei) statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

### Das Komitee.

### Quittung.

Für den erkrankten Kollegen Köhler in Gera ging ein: Von den Mitgliedern der Hannov. Union-Brauerei 15,90 M.  
Für die Portofreier Kollegen ging ein: Vom Personal der Brauerei Pichelsdorf, Biste Nr. 164, 16,40 M.

### Briefkasten.

S., Hamburg. Dichtergis ist verboten. Besten Gruß.  
G. M., Pichelsdorf. Alles in Ordnung. Durch die Uebergabe hat es sich verzögert. Besten Gruß.  
J. D., Lübeck. Für vorige Nummer zu spät. Die Schriftführer müssen sich angewöhnen, die Berichte etwas früher einzusenden. Besten Gruß.

### Änderungen in der Auszahlung der Reise-Unterstützung.

Abernach. Die Reiseunterstützung wird vom Kollegen Dligschläger, in der Malzfabrik von Klee, an Werktagen nur Mittags von 12-1 Uhr ausbezahlt.

Fünfstadt. Reiseunterstützung zahlt Paul Weigel, Ebershäuserstraße (neben der Apotheke) von 12-1 Mittags und nach 6 Uhr Abends, aus.

Zu Zeit kann bis auf Weiteres Reiseunterstützung nicht ausbezahlt werden.

### Veranstaltungs-Kalender zc.

#### Abernach.

Unsere nächste Versammlung findet Sonntag, den 5. Juni, Nachm. 2 1/2 Uhr im Lokale Pälzer statt. Pünktliches Erscheinen erwünscht. Besonders werden einige Kollegen von Niederembsig ermahnt, ihre rückstehenden Beiträge zu entrichten, widrigenfalls nach dem Statut verfahren wird.

#### Münchberg.

Unsere regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im „König von Slandern“ statt und werden die Mitglieder ersucht, zahlreicher als sonst zu erscheinen.

### Bonn a. Rh.

Am 19. Juni: Versammlung.

### Dortmund.

Sonntag, den 5. Juni, Nachm. 2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Heinemann. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

### Duisburg.

Sonntag, den 12. Mai, Vorm. 11 Uhr: Regelmäßige Monatsversammlung im Vereinslokal Rapper, Klosterstraße. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

### Dresden.

Sonntag, den 5. Juni, Nachm. 2 1/2 Uhr: Öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung im Lokal des Vereinshauses für Volksbildung, Schäfergasse 23. I. Tagesordnung: 1. Der Einfluß der Reaktion auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Proletariats. Referent: Genosse Sandermann. 2. Die geplante Petition der Brauereiarbeiter von Deutschland an den Reichstag. 3. Gewerkschaftliches. Es ist Pflicht eines jeden Brauereiarbeiters, zu erscheinen.

### Essen a. Ruhr.

Sonntag, den 12. Juni, Nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Felchner. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

### Frankenthal.

Mittwoch, den 8. Juni: Mitgliederversammlung. Erscheinen aller notwendig.

### Heilbronn.

Sonabend, den 4. Juni: Mitglieder-Versammlung im Gasthaus „Zur Sonne“ in Bödingen.

### Greiz.

Sonntag, den 5. Juni, Nachmittags präzis 1 1/2 Uhr: Öffentliche Verbandsmitglieder-Versammlung in Volkstädt's Lokal, Ob. Silberstraße. Tagesordnung: 1. Der Erlaß des Reichstages, das Koalitionsrecht betreffend, und die Stellung der organisierten Arbeiterkraft hierzu. 2. Bericht vom Verbandsrat. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Berichte aus den Brauereien. Die organisierten Kollegen der Zahlstelle Zwickau sowie alle unorganisierten Brauereiarbeiter und Hilfsarbeiter von Greiz und den umliegenden Orten sind freundlichst eingeladen. Mitgliedsbücher mitbringen. Beiträge sind bis Juni einschl. unbedingt zu entrichten.

### Gamm i. B.

Sonntag, den 5. Juni, Mittags 1 Uhr: Monatsversammlung bei Fellenberg. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Küfer Rich Gräger-Dortmund hat das Referat übernommen. Die Kollegen von Unna und Grepen werden hierzu eingeladen.

### Magdeburg.

Sonntag, den 5. Juni, Nachm. 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Brautisch, Jagdschloßberg 9.

### Meiningen.

Sonabend, den 4. Juni, Mittags 12 Uhr: Versammlung bei Holzheimer. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

### Fünfstadt.

Sonabend, den 4. Juni, Ab. 8 Uhr: Versammlung im jetzigen Vereinslokal beim Kollegen Oberhaus, in welcher das Ergebnis der eingereichten Forderungen bekannt gegeben wird, event. weitere Beschlüsse gefaßt werden sollen. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es nötig, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden ebenfalls beim Kollegen Oberhaus, jeden letzten Sonnabend im Monat statt.

### Reimscheid.

Sonntag, den 5. Juni: Mitgliederversammlung im Vereinslokal.

### Reutlingen.

Sonntag, den 5. Juni, Nachmittags 2 Uhr: Versammlung im Gerberthor. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

### Schweinfurt.

Sonntag, den 5. Juni, Nachmittags 2 Uhr: Monats-Versammlung bei Hoffmann. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist allseitiges Erscheinen erwünscht.

### Inserate.

Unserem wertigen Vertrauensmann Joh. Steizenmüller und seiner lieben Frau Louise Haged zu der am Sonntag, den 4. Juni, stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Die Verbandskollegen der Goldenen Brauerei.

Unserem wertigen Kollegen Georg Birner und seiner lieben Frau Margarethe zu der am Dienstag, den 7. Juni, stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei Zeltner, Nörtenberg.

Unserem Verbandskollegen Chr. Kempf und seiner lieben Frau Sophie zu der am 28. d. Mis. stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei Siegelberg.

### Warnung.

Sie waren vor dem Brauer Meier, Lepper aus Meier i. B. Er arbeitete in Bolter's Brauerei, Bonn, und machte das Weine, nachdem er die Flaschen um Geld betrog.

Zahlstelle Bonn.

### Ein Bier-Verleger

mit großer Sandhaftigkeit sucht sich zu verändern und zu diesem Zweck mit einer Großbrauerei in Verbindung zu treten. Offerten unter R. L. 100 an die Exped. d. Blg. erbeten.

### Hamburg.

Allen Verbandsmitgliedern wird der Brauerverkehr von P. Meyer, Weststraße 7 (in der Nähe des Berliner und Klosterthor-Bahnhofes), bestens empfohlen. Daselbst Arbeitsnachweis.

Georg Gehrig,  
Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstr. 12,  
Liefert die besten  
mit handgefrähten Schaftvoll-Socken nebst prima Leibwäsche.

C. R. Wittber  
Chemnitz  
28 Müllerstr. 28.  
Fabrikant der altbekanntesten  
Chemnitzer Holzschuhe,  
besgl. Schlappschuhe, Pflösch-  
schuhe, Mälzer-Pantoffeln.

### Joh. Dohm

Spezialgeschäft f. Bierbrauer,  
Kiel, Winterbeckerstr. 12,  
empfiehlt in bekannter Güte:  
gute, dauerhafte Guben, Hum  
und normal, Unterhofen, Soden,  
welche Becken, Arbeitsbänke,  
Seiden- und Zinkbänke, Holz-  
schuhe, Pflöschschuhe, Mälzer-  
Pantoffeln, große Leffer, Gabel-  
leffer, Bierkrüge u. s. w.  
Preisverantw. gratis.

Quittungs-  
marken  
Rabatmarken  
Rantschul-  
Kempel  
sowie alle  
Druckarbeiten  
in Buch- und  
Steindruck  
Refect sauber und preiswerth  
Konrad Müller,  
Eichenstr. Leipzig.  
Preisverantw. gratis.

### München.

Restaurant „Zur Bavaria-Brauerei“  
Landsberger Strasse 70-72.  
Empfehle meine freundlichen Lokalkitäten, Gesellschafts-  
zimmer und Saal, hochfeines Bier aus der Union-  
Brauerei einer geeigneten Beachtung.  
Mittagstisch von 40 Pfg. an.  
Achtungsvoll  
Josef Hönigschmid.

### Brauer- und Mälzer-Mützen

sowie Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison  
empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

 Jockey-Mütze in allen Farben, von 1-1,75 M.	 Klapp-Mütze, Stoffmähen von 1 bis 2 M., Seide u. Atlas in schwarz u. blau, 2 bis 2,50 M., Kippselbe 2,50-3 M.	 Strand-Mütze in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 M.	 Stoffproben stehen franco zu Diensten. Bei Bestellungen nach außer- halb erbitte Kopfreite in Zentimeter anzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 Stück franco.
--	---	--	--

Breite Klappmütze  
in Sammet, Seide u. Stoff.  
Dresden, Schäferstraße 53. Carl Fiedler, Dresden, Schäferstraße 53.

Um die Adresse des Brauers  
Karl Köppel ersucht dringend  
sein Logis-Kollege  
Georg Holländer,  
Uelzen, Gartenstraße 20.

### Hannover.

Empfehle allen Kollegen und  
Freunden mein  
Restaurant,  
Knochenhauerstr. 24.  
Für gutes Essen, ff. Bier,  
reine Betten, sowie auf-  
merksame Bedienung ist  
bestens gesorgt. Meesse Pretze.  
Den reisenden Kollegen sehr  
gelegene, in der Mitte der Stadt,  
5 Min. vom Bahnhof entfernt.  
Gochachtungsvoll  
Karl Köhler.

### Errichtung einer Brauerei in Mariagez

(Steiermark).  
Die Marktgemeinde verpachtet  
ein künstlich erworbenes Fabrik-  
gebäude mit einem Betriebs-  
raum von 800 m<sup>2</sup> auf längere  
Zeit.  
Raum m. 1500 m<sup>2</sup>, 3 Wohn-  
häuser, sehr gutes Wasser. Diese  
Anlage ist gewiß als Brauerei  
vorzüglich geeignet.  
Im Umkreis von 50 Kilo-  
meter existiert keine Brauerei  
und muß jährlich ein Quantum  
von ca. 4000 Hektoliter über  
das Gebirge per Kasse ange-  
führt werden.  
Alle nähere Auskunft ertheilt  
das Beleuchtungskomitee in  
Mariagez.  
Viktor Lang, Obmann.